



SACHSEN-ANHALT

Vergabekammer
beim Regierungspräsidium Halle

Beschluss

**OLG-Entscheidung des Oberlandesgericht Naumburg 1 Verg 17/03 v. 26.01.04
u. 1 Verg 9/04 v. 30.07.04**

AZ: VK Hal 20/03

Halle, 10.11.2003

- Nachweis der Eignung
- Transparenz und Gleichbehandlung
§ 25 Nr. 2 Abs. 1 VOL/A

In dem Nachprüfungsverfahren der

.....
.....

Verfahrensbevollmächtigte

.....Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

.....

Antragstellerin

gegen

die Stadt

.....

Verfahrensbevollmächtigte

Rechtsanwälte

.....

Antragsgegnerin

unter Beiladung

der Versicherungs AG

.....

Beigeladene zu 1)

und

der Versicherung AG

.....

wegen

des gerügten Vergabeverstoßes im Offenen Verfahren zur Vergabe von Versicherungsleistungen hat die Vergabekammer beim Regierungspräsidium Halle aufgrund der mündlichen Verhandlung am 04.11.2003 unter Mitwirkung des Vorsitzenden Oberregierungsrat Thomas, der beamteten Beisitzerin Bauamtfrau Pönitz und des ehrenamtlichen Beisitzers Herrn Dolge beschlossen:

1. Der Nachprüfungsantrag der Antragstellerin wird als unzulässig zurückgewiesen.
2. Der Antragsgegnerin wird aufgegeben, das Vergabeverfahren aufzuheben.
3. Die Kosten des Nachprüfungsverfahrens tragen die Antragstellerin und die Antragsgegnerin zu je 1/2.
4. Die Gesamtkosten (Gebühren und Auslagen) belaufen sich auf EUR.

Gründe

I.

Mit Veröffentlichung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union (EU) am 09.04.2003 sowie im Ausschreibungsanzeiger Sachsen-Anhalt am 11.04.2003 schrieb die Antragsgegnerin im Offenen Verfahren auf der Grundlage der Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) die Vergabe von Versicherungsleistungen für die Stadt in drei Losen für die Zeiträume von einem Jahr und/oder vier Jahren aus. Das Los 1 beinhaltet die Gebäude- und Inventarversicherung für die Objekte der Stadt, das Los 2 die Elektronikversicherung und das Los 3 die Ausstellungsversicherung. Angebote waren zugelassen für ein Los, für mehrere Lose oder für alle Lose.

Entsprechend der Bekanntmachung im Supplement und im Ausschreibungsanzeiger hatten die Bieter Mindestbedingungen/Nachweise zur Beurteilung der Eignung zu erfüllen bzw. vorzulegen. Zugelassen waren Bieter, die die Zulassung zum Betrieb der Schadensversicherung gemäß §§ 5 ff. des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) besitzen. Die Zulassung war vorzulegen. Hinsichtlich der wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Leistungsfähigkeit wurden durch die Antragsgegnerin ein aktueller Geschäftsbericht sowie der Nachweis der Rückversicherung gefordert. Im Supplement der EU findet sich insoweit eine Erweiterung, als dort Referenzen für vergleichbare Leistungen der letzten 3 Jahre ausdrücklich zum Bestandteil des Anforderungsprofils gemacht wurden.

Im Gegensatz dazu geht aus den Bewerbungsbedingungen in den Verdingungsunterlagen hervor, dass die Bieter zum Nachweis der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit folgende Nachweise vorzulegen haben:

- ◆ die Erlaubnis zum Betrieb der Sparte Schadensversicherung gemäß §§ 5 ff. VAG,
- ◆ Referenzen in der Versicherung kommunaler Versicherungsnehmer,
- ◆ Angabe, wo der Versicherungsvertrag verwaltet werden soll und wo die Schadensregulierungsbevollmächtigten des Versicherers ihren Geschäftssitz haben sowie
- ◆ der letzte Geschäftsbericht

Ein Hinweis auf den Nachweis der Rückversicherung findet sich darin nicht.

Entsprechend des Aufforderungsschreibens zur Abgabe eines Angebotes vom 31.03.2003 der Antragsgegnerin gelten die Bewerbungsbedingungen sowie die Leistungsbeschreibungen. Unter Pkt. 5 der Bewerbungsbedingungen bestimmte der Auftraggeber, dass das Angebot vollständig sein und die in den Verdingungsunterlagen geforderten Erklärungen und Angaben enthalten muss. Unvollständige Angebote können ausgeschlossen werden. Nebenangebote waren nach Nr. 3 der Bewerbungsbedingungen zugelassen, soweit ein wirkungsvolles Hauptangebot vorliegt.

Als Zuschlagskriterien wurden in der Bekanntmachung das wirtschaftlich günstigste Angebot aufgrund des Angebotspreises unter Ziffer 1, des Vertragsumfanges unter Ziffer 2 und der Servicedienstleistungen unter Ziffer 3 in der Reihenfolge ihrer Priorität aufgeführt. Im Aufforderungsschreiben zur Abgabe eines Angebotes erklärt der Auftraggeber, dass der Zuschlag jeweils auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt wird. Darüber hinaus gibt er unter Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen die Zuschlagskriterien Prämienhöhen, Umfang des angebotenen Versicherungsschutzes sowie angebotene Servicedienstleistungen an. Ein Hinweis auf die Prioritätensetzung erfolgt nicht.

Der Auftraggeber verweist in den Verdingungsunterlagen als Anlage 1/1 auf die Hinweise zur Angebotserstellung in der Sachversicherung. Demnach legt er für den Ausschluss von Terroranschlägen folgende Klausel fest:

„Soweit für einzelne Versicherungsorte aus Sicht der Anbieter der Ausschluss von Schäden durch Terror notwendig ist, sollte dies gesondert unter Nennung der entsprechenden Ziffer (Liste der Versicherungsorte) kenntlich gemacht werden. Der Text der Terrorschlussklausel ist in diesem Fall beizufügen. Soweit die Terrorgefahr nur eingeschränkt (z.B. mit Sonderkündigungsrecht) versichert werden kann, ist dies gesondert anzubieten.“

Hinsichtlich der Ausstellungsversicherung erklärt der Auftraggeber als Hinweise für die Bieter zur Angebotserstellung, dass Wechselausstellungen bis zu einer Summe in Höhe von 100.000,00 EUR pro Ausstellung beitragsfrei mitversichert sein sollen. Bei Wechselausstellungen ist das Feuerrisiko mitzuversichern.

Zum Eröffnungstermin lagen der Antragsgegnerin zu Los 1 fünf Hauptangebote und zwei Nebenangebote, zu Los 2 fünf Hauptangebote und zwei Nebenangebote sowie zu Los 3 drei Hauptangebote und ein Nebenangebot vor.

Aus der übergebenen Angebotsauswertung des Versicherungsberatungsbüros....., den Protokollen der Sitzungen des Hauptausschusses der Stadt vom 07.07.2003 sowie dem Vergabevermerk der Stadt vom 23.06.2003 geht hervor, dass bezüglich des Loses 1 die Angebote der AG, der Versicherungs AG sowie das Nebenangebot der Antragstellerin aufgrund formeller Mängel von der weiteren Wertung ausgeschlossen wurden. Der Auswertung ist zu entnehmen, dass die Beigeladene zu 1) bezüglich des Loses 1 ein Angebot über den Versicherungsmakler sowie ein Angebot über den Versicherungsmakler eingereicht hat. Ein Ausschlussgrund liege nach Auffassung der Antragsgegnerin nicht vor, da die Beigeladene zu 1) nach telefonischer Mitteilung bestätigt habe, dass beiden Maklern identische Hauptangebote zur Verfügung gestellt worden seien. Nach der Rechtsprechung bestehe ein fakultativer Ausschlussgrund nur dann, wenn tatsächlich zwei verschiedene Angebote und nicht ein und dasselbe Angebot von zwei verschiedenen Stellen eingereicht werden.

In der zweiten Wertungsstufe wurde die Eignung überprüft. Die Eignung der Antragstellerin wurde aufgrund der übergebenen Nachweise sowie der Erfahrungen in der Vergangenheit bejaht. Auch wird von der Eignung der Beigeladenen zu 1) ausgegangen. Diesbezüglich führt die Antragsgegnerin aus, dass die Beigeladene zu 1) dem Besitz der erforderlichen behördlichen Erlaubnis behauptet habe. Als wirtschaftlichstes Angebot ermittelte die Antragsgegnerin das über den Versicherungsmakler eingereichte Nebenangebot der Beigeladenen zu 1). Gemäß der Auswertung komme das Angebot der Antragstellerin aufgrund des sehr hohen Angebotspreises nicht in die engere Wahl der Zuschlagserteilung.

Daher würden die Zuschlagskriterien des Angebotsumfanges sowie der angebotenen Servicedienstleistungen nur eine untergeordnete Rolle spielen. Insbesondere sei der Angebotsumfang hier nicht zu berücksichtigen, da die Antragstellerin sowie die Beigeladene zu 1) ohne den teilweise üblichen Ausschluss von Schäden durch Terror angeboten hätten. Hinsichtlich des Kriteriums Servicedienstleistungen könnten Vorteile bei der Antragstellerin darin gesehen werden, dass eine Vor-Ort-Betreuung durch einen Vertreter in gewährleistet würde, während es dies bei der Beigeladenen zu 1) nicht gebe.

Hinsichtlich des Loses 2 ergibt sich aus der Angebotswertung, dass die Angebote der Versicherungs AG und der Versicherungs AG aufgrund formeller Mängel von der Wertung ausgeschlossen wurden. Nach Auffassung der Antragsgegnerin hätten die übrigen Bieter ihre Eignung nachgewiesen. Im Rahmen der Auswahl des wirtschaftlichen Angebotes ist zu erkennen, dass das Angebot der Antragstellerin aufgrund sehr hoher Prämienhöhen in die Wirtschaftlichkeitsüberlegungen nicht mit einbezogen wurde. Als wirtschaftlichstes Angebot ermittelte die Antragsgegnerin auch hier das über den Versicherungsmakler eingereichte Nebenangebot der Beigeladenen zu 1). In Bezug auf das Los 3 wurde das Nebenangebot der Antragstellerin von der weiteren Wertung ausgeschlossen, da es nicht den Bewerbungsbedingungen entspreche und wesentliche Preisangaben fehlten.

Die Beigeladene zu 2) übergab trotz Nachforderung seitens der Antragsgegnerin keine Nachweise zur Eignungsprüfung. Gemäß dem Vergabevermerk der Antragsgegnerin schloss sie die Beigeladene zu 2) dennoch von der Wertung nicht aus, da es sich bei dieser um ein Versicherungsunternehmen handle, das bereits eine Vielzahl von kommunalen Risiken versichert hätten. Durch die Vergabestelle wurde aus dem Internet der Geschäftsbericht der Beigeladenen zu 2) sowie eine Konzernstruktur ausgedruckt.

Die Antragsgegnerin ermittelte als wirtschaftlichstes Angebot das der Beigeladenen zu 2).

Gemäß § 13 der Vergabeverordnung (VgV) informierte der Auftraggeber mittels Schreiben vom 11.07.2003 die Bieter über das Auswertungsergebnis.

Dagegen stellte die Antragstellerin nach fruchtlosen Rügen vom 12.05.2003, 02.06.2003 sowie vom 11.07.2003 mittels Fax-Schreiben vom 22.07.2003 einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Halle. Dieser ist der Antragsgegnerin am 23.07.2003 zugestellt worden. Die Kammer hat die Antragsgegnerin mit selbiger Verfügung über die Unzulässigkeit einer Zuschlagserteilung gemäß § 115 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) belehrt. Gleichzeitig ist sie aufgefordert worden, die entsprechenden Unterlagen und eine Stellungnahme zum Nachprüfungsantrag vorzulegen.

Die Durchsicht der von der Antragsgegnerin vorgelegten Unterlagen ergab, dass hinsichtlich der im Supplement der EU abgeforderten Referenzen für vergleichbare Leistungen in den letzten drei Jahren alle am Vergabeverfahren beteiligten Bieter diese nicht vorgelegt haben. Vereinzelt finden sich in den Unterlagen Listen von Versicherungsnehmern bzw. -objekten. Im Namen der Beigeladenen zu 1) wurden dem Auftraggeber zwei Angebote zu Los 1 von unterschiedlichen Versicherungsmaklern zu verschiedenen Preisen unterbreitet. Außerdem legt die Beigeladene zu 1) lediglich selbst dar, dass sie eine Erlaubnis nach §§ 5 ff. VAG habe. Ein Nachweis einer bestehenden Rückversicherung ist in den Akten nicht zu finden. Trotz Nachforderung durch die Antragsgegnerin weigerte sich die Beigeladene zu 2), die abgeforderten Eignungsnachweise vorzulegen.

Die Antragstellerin vertritt die Auffassung, dass sie durch Nichteinhaltung von Vergabevorschriften, namentlich des Transparenz- und Gleichbehandlungsgebotes sowie durch die Nichtbeachtung der diese konkretisierenden Vorschriften der §§ 8 und 16 VOL/A in ihren Rechten verletzt sei.

Die Antragstellerin geht von einem zulässigen und begründeten Nachprüfungsantrag aus. Zur Begründetheit des Antrages wird ausgeführt, dass ein dem Bieter überlassener Ausschluss der Terrorgefahr gegen die Verpflichtung der eindeutig auszuschreibenden Leistung verstoße und somit den Wettbewerb nicht unerheblich beeinträchtige. Die Abfrage von Wahl- bzw. Alternativpositionen sei bei derartig bedeutsamen Positionen vergaberechtlich unzuläs-

sig. Die Ausschreibung von Wahl-/Alternativpositionen dürfe nicht dazu dienen, Mängel oder Lücken einer unzureichenden Planung auszugleichen. Ein sachlich gerechtfertigter, nachprüfbarer Ausnahmefall läge nicht vor. Wahlpositionen seien nicht anders wie Eventualpositionen zu behandeln. Im Übrigen habe die Antragsgegnerin im Rahmen ihrer Rügeerwidern vom 22.05.2003 deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie Terrorschäden auf jeden Fall abgedeckt wissen möchte. Auch sei das Transparenzgebot insoweit verletzt, da die Antragsgegnerin den Bietern keine Information darüber gebe, ab welcher Preisdifferenz sie die Alternativpositionen zu beauftragen gedenke.

Darüber hinaus stünden die Zuschlagskriterien im Widerspruch zum Vergaberecht. Dies gelte insbesondere für den „Vertragsumfang“, der bei einem vollständig ausgepreisten Leistungsverzeichnis bei allen Bietern identisch sein müsse. Eine andere Sichtweise folge auch nicht aus der Zulassung von Nebenangeboten. Das Zuschlagskriterium „Servicedienstleistungen“ sei intransparent, offenbar wisse die Antragsgegnerin selbst nicht, was sich dahinter verberge.

Die erforderliche Nachvollziehbarkeit der Entscheidung der Antragsgegnerin müsse auch an den möglichen unterschiedlichen Vertragslaufzeiten von einem bzw. vier Jahren scheitern. Der angeführte Grund zum Ausschluss ihrer Nebenangebote sei nicht gegeben, insbesondere werde der Versicherungsschutz nicht unterschritten bzw. seien die Ausführungen und Darlegungen vollständig und ausreichend.

Generell treffe die Behandlung der Angebote der Beigeladenen zu 1) auf Bedenken. Entgegen den Ausführungen der Antragsgegnerin handele es sich nicht um zwei identische Hauptangebote. Darüber hinaus sei der Umfang der Bevollmächtigung beider Angebote unklar. Angesichts der Äußerung der Beigeladenen zu 1), dass sie den beiden Versicherungsmaklern identische Angebote übergeben habe, werde deutlich, dass sich die Preisdifferenz der beiden Hauptangebote nur durch die unterschiedliche Maklercourtage ergeben könne. Ob die seitens der Beigeladenen zu 1) erteilten Vollmachten dieses Verhalten stützen, sei zweifelhaft. Mögliche Folgen für die Person des jeweiligen Vertragspartners seien offenbar nicht gesehen worden.

In einer Gesamtschau der Umstände führe dies dazu, dass die Wertung der Angebote dem Transparenzgebot und dem Diskriminierungsverbot widerspreche.

Die Antragstellerin beantragt,

1. die Antragsgegnerin zu verpflichten, das Verfahren aufzuheben,

hilfsweise,

die Antragsgegnerin zu verpflichten, die Angebote der Beigeladenen auszuschließen,

äußerst hilfsweise,

die Antragsgegnerin zu verpflichten, die Wertung der Angebote nach den Vorgaben der Vergabekammer durchzuführen.

2. der Antragsgegnerin die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen und
3. die Hinzuziehung eines Bevollmächtigten durch die Antragstellerin für notwendig zu erklären.

Die Antragsgegnerin beantragt,

1. den Antrag der Antragstellerin als unzulässig,
hilfsweise
als unbegründet, zurückzuweisen,
2. festzustellen, dass die Hinzuziehung eines Bevollmächtigten der Antragsgegnerin notwendig war und
3. der Antragstellerin die Kosten des Verfahrens einschließlich der zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung notwendigen Auslagen der Antragsgegnerin aufzuerlegen.

Die Antragsgegnerin vertritt hingegen sinngemäß die Auffassung, dass das Rügevorbringen vom 12.05.2003 in seiner Gesamtheit präkludiert sei. Lediglich im Hinblick auf den gerügten Ausschluss ihrer Nebenangebote sei der Vortrag der Antragstellerin nicht verspätet.

Ferner mangle es der Antragstellerin an der Antragsbefugnis, da sie aufgrund der signifikanten preislichen Abstände der Prämien zu den konkurrierenden Bietern keine Chance auf die Zuschlagserteilung habe. Auch sei ihr Vortrag hinsichtlich der §§ 8 und 16 VOL/A nicht hinreichend konkret.

Darüber hinaus sei der Nachprüfungsantrag auch unbegründet. Insbesondere habe man dem Gesichtspunkt der Ausschreibungsreife nach § 16 VOL/A genüge getan. Aus der Gesamtheit der Unterlagen ergebe sich, dass die Antragsgegnerin die Absicherung gegen Terrorschäden als einen Grundbaustein der zu erbringenden Versicherungsleistungen ansehe. Die Unterschiedlichkeit des Marktes würde angesichts der Vorkommnisse vom 11.09.2001 bei einer Festlegung auf den Einschluss von Terrorschäden zu einer Wettbewerbsverengung bis hin zum Ausbleiben von Angeboten führen. Dies bestätige letztendlich auch das unterschiedliche Angebotsverhalten der Bieter.

Im Hinblick auf die Zuschlagskriterien habe man durch die Reihenfolge eine ausreichende Prioritätensetzung im Sinne des EuGH vorgenommen. Insbesondere durch den seitens des Versicherungsberaters erstellten Besuchsbericht vom 06.03.2003 werde deutlich, dass die Wertung der Prämienhöhe bei den Nebenangeboten zu 75%, bei den Hauptangeboten zu 85%, der Umfang des Versicherungsschutzes bei den Nebenangeboten zu 15 %, bei den Hauptangeboten zu 5% sowie die Servicedienstleistungen generell zu 10% gewertet worden seien.

Ebenso habe man dem Erfordernis der eindeutigen und erschöpfenden Leistungsbeschreibung gemäß § 8 VOL/A ausreichend Beachtung geschenkt. Dies sei für die Gebäude- und Inventarversicherung augenfällig. Das unterschiedliche Verhalten der Anbieter in Bezug auf Terrorschäden sei eine Markterscheinung, die von den Versicherern ausgehe und der sich das Leistungsverzeichnis zu unterwerfen habe.

Die Verwendung des Zuschlagskriteriums „Servicedienstleistungen“ sei rechtmäßig. Ansatzpunkte für behauptete Unklarheiten seien nicht gegeben, da es dabei um selbstverständliche branchenübliche Servicedienstleistungen gehe.

Die Antragstellerin gehe ebenfalls mit ihrer Behauptung fehl, dass die Zuschlagskriterien im Rahmen der Wertung ihrer Angebote nicht vollständig zum tragen gekommen seien. Allein der Stellenwert des Angebotspreises mache in Verbindung mit den angebotenen Prämienätzen nur allzu deutlich, dass die übrigen Zuschlagskriterien zu keinem anderen Ergebnis haben führen können.

Der Umgang der Antragsgegnerin mit den Nebenangeboten der Antragstellerin entspreche den vergaberechtlichen Kriterien. Die Durchsicht der übergebenen Nebenangebote habe deutlich gemacht, dass diese nicht vergleichbar seien, da abweichend von dem vorgegebenen Bedingungsnetzwerk vollständig abweichende Bedingungsnetze vorgelegt worden seien. Ferner seien die Nebenangebote auch preislich nicht konkurrenzfähig.

Auch sei das Angebot der Beigeladenen zu 1) in jeder Hinsicht wertungs- und damit berücksichtigungsfähig. Insbesondere habe eine nähere Prüfung der Angemessenheit der Preise nach § 25 Nr. 2 Abs. 2 VOL/A unterbleiben können. Die angebotenen Prämien der Beigeladenen zu 1) würden nach Auffassung der Antragsgegnerin gerade nicht als unangemessen niedrig erscheinen. Bei der Ausschreibung von Versicherungsleistungen seien Prämienersparungen nicht nur keine Seltenheit, sondern sogar häufig anzutreffen. Es seien vielmehr die Prämien der Antragstellerin zu hoch, nicht jedoch die Prämien der Beigeladenen zu 1) zu niedrig.

Außerdem bestehe hinsichtlich der Beigeladenen zu 1) keine Ausschlussbedürftigkeit wegen angeblich identischer Angebote.

Die Beigeladene zu 1) beteilige sich an Ausschreibungen grundsätzlich über ihre Vertriebspartner, also die Maklerunternehmen, die dann in deren Vollmacht ein Angebot unterbreiten sollen. Die VOL/A müsse gerade wegen des ihr innewohnenden Wettbewerbsgebotes Rücksicht auf die Besonderheiten der Vergabe von Versicherungsleistungen nehmen. Es müsse möglich sein, dass zwei Maklerunternehmen das Brutto-Angebot eines Versicherers verwenden und dann unter eigenen Rentabilitäts Gesichtspunkten im Ausschreibungsverfahren ein Angebot unterbreiten können. Die vom Versicherer in seinem Angebot bereits eingerechnete Courtage betrage in der Regel zwischen 15 und 22,5 %. Falls ein Makler der Meinung sei, dass er die Dienstleistung noch unterhalb dieser Courtage anbieten könne, so sei ihm freigestellt, dies zu tun. Es finde ein sogenanntes Abschlagsverfahren statt, bei dem die Makler konkurrieren. Die Vollmacht der Beigeladenen zu 1) schließe ein solches Vorgehen nicht aus. Die Makler seien bevollmächtigt, namens der Beigeladenen zu 1) ein Angebot abzugeben. Sie seien, wie es im Übrigen branchenüblich sei, nicht lediglich bevollmächtigt, ein Angebot der Beigeladenen zu 1) weiterzuleiten. Es handele sich demnach gerade nicht um zwei identische Angebote ein und desselben Versicherers. Dies gelte unbeschadet der Tatsache, dass später der Versicherer, also die Beigeladene zu 1), der Vertragspartner der Antragsgegnerin werde.

Abschließend führt die Antragsgegnerin aus, dass im Rahmen der VOL/A ein Nachreichen von Erklärungen und Nachweisen ohne weiteres möglich sei. Anders als bei der VOB/A unterliege ein Ausschluss wegen fehlender Erklärungen dem Beurteilungsspielraum des Auftraggebers. Dieser sei von der Vergabekammer nur höchst eingeschränkt rechtlich überprüfbar.

Den Beteiligten ist in der mündlichen Verhandlung Gelegenheit gegeben worden, ihren Vortrag zum Sachverhalt und zur rechtlichen Würdigung zu ergänzen.

Mit Beschluss vom 22.09.2003 hat die Kammer der Antragstellerin Akteneinsicht gewährt, jedoch nicht in die Angebote der Mitbieter.

Die Vergabekammer hat die Bieter Versicherungs AG und die Versicherung AG mit Verfügung vom 23.10.2003 gemäß § 109 GWB beigeladen, da ihre Interessen durch die Entscheidung in diesem Verfahren schwerwiegend berührt werden könnten. Sie sind über den Sinn und Zweck der Beiladung informiert worden. Insbesondere hat man sie darüber belehrt, dass sie, wenn das Verfahren hier abgeschlossen ist, in gleicher Sache nicht noch einmal einen Nachprüfungsantrag stellen können. Ihnen ist dargelegt worden, dass sie die Möglichkeit habe, sich hier zur Sache zu äußern und damit Einfluss auf das Verfahren zu nehmen.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zum Sachverhalt und zu den umfangreichen Vorträgen der Beteiligten wird auf deren Schriftsätze, auf das Protokoll der mündlichen Verhandlung und die vorgelegten Vergabeakten Bezug genommen.

II.

1. Die Anträge der Antragstellerin sind unzulässig.

Die angerufene Vergabekammer beim Regierungspräsidium Halle ist für die Entscheidung in dieser Angelegenheit zuständig, da der Auftraggeber seinen Sitz innerhalb der Grenzen des Regierungsbezirkes Halle hat, § 104 Abs. 1 GWB i.V.m. dem Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie – Richtlinie über die Einrichtung von Vergabekammern in Sachsen-Anhalt – vom 04.03.1999-63-32570/03-, Abschnitt II Abs. 1 und 2. Die Vorschriften der §§ 97 ff. GWB sind anwendbar, da das streitbefangene Verfahren sich auf eine Dienstleistung bezieht, deren Gesamtauftragswert für eine Vertragslaufzeit bis zu vier Jahren den maßgeblichen Schwellenwert gem. § 2 Nr. 3 Vergabeverordnung (VgV) von 200.000,- Euro überschreitet.

Die Antragsgegnerin ist öffentlicher Auftraggeber im Sinne des § 98 Abs. 1 GWB.

Der Antragstellerin fehlt es an der nach § 107 Abs. 2 GWB erforderlichen Antragsbefugnis. Nach dieser Vorschrift ist jedes Unternehmen antragsbefugt, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 7 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Es kann dahinstehen, ob seitens der Antragstellerin ein Interesse am Auftrag gegeben ist und eine Verletzung ihrer Rechte vorliegt, da es hier an einem bereits eingetretenen oder drohenden Schaden mangelt. Ein drohender Schaden liegt jedenfalls dann nicht vor, wenn der antragstellende Bieter selbst dann evident keine Aussicht auf Erteilung des Zuschlages hat, wenn der geltend gemachte Vergabeverstöß ausgeräumt würde (vgl. OLG Naumburg Beschluss vom 01.11.2000 – Verg 7/00 m.w.N.). Dies ist hier gegeben. Lässt man die von der Antragstellerin gerügten Vergabeverstöße einer möglichen rechtswidrigen Wertung durch die Antragsgegnerin, der Verwendung eventuell unzulässiger Zuschlagskriterien sowie einer teilweise unbestimmten Leistungsbeschreibung außer Acht, so käme dennoch eine Zuschlagserteilung zu ihren Gunsten aus zwingenden anderen Gründen nicht in Betracht. Denn auch ohne diese gerügten Verstöße liegt kein vollständiges und somit zuschlagsfähiges Angebot der Antragstellerin vor. Dies ist jedoch grundlegende Voraussetzung, um eine Rechtsverletzung im Sinne von § 107 Abs. 2 GWB geltend machen zu können.

Die Antragstellerin hat mit ihrem Angebot keine Referenzen für vergleichbare Leistungen der letzten drei Jahre eingereicht. Das Angebot beinhaltet lediglich eine Auflistung kommunaler Vertragspartner ohne Angaben zu Vertragszeiträumen.

Der Auftraggeber hat von der in der Verdingungsordnung verankerten Ermächtigung (vgl. § 7 Nr. 4 VOL/A), Nachweise von den Bietern zur Beurteilung der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit zu verlangen, Gebrauch gemacht, in dem er mit der europaweiten Vergabebekanntmachung bestimmte Eignungsnachweise forderte. Darunter befinden sich u.a. Referenzen vergleichbarer Leistungen der letzten drei Jahre. Unter dem Begriff der Referenz ist bereits nach allgemeinem Sprachgebrauch eine Empfehlung eines Dritten zu verstehen. Eine ledigliche Benennung von Vertragspartnern ermöglicht es zwar dem Auftraggeber mit diesen Kontakt aufzunehmen und sich entsprechende Refe-

renzen ausstellen zu lassen, der Pflicht zur Vorlage von Referenzen wird jedoch damit nicht genügt. Ungeachtet dessen, dass nach Auffassung der Kammer auch aus den Regelungen des § 21 VOL/A und der Ermächtigung aus § 7a Nr. 2 Abs. 3 VOL/A in Verbindung mit §§ 17 Nr. 1 Abs. 2 m) und 17a VOL/A das Erfordernis der Vorlage geforderter Nachweise mit dem Angebot folgt (so wohl auch OLG Naumburg 1 Verg7/00 vom 01.11.2000), hat hier die Antragsgegnerin durch das explizite Fordern der Vorlage der Nachweise in der europaweiten Vergabebekanntmachung eine sie selbst und die Bieter bindende Bestimmung begründet.

Zwar räumt die aktuelle Spruchpraxis des OLG Naumburg dem Bieter die Möglichkeit ein, fehlende Unterlagen nachzureichen, wenn der Auftraggeber keine Ausschlussfrist für die Vorlage der Nachweise angegeben hat, jedoch kann eine solche Möglichkeit grundsätzlich nur bis zur Entscheidung über den Zuschlag durch den Auftraggeber bestehen. Diese Entscheidung trifft der Auftraggeber nach Abschluss der Wertung und gibt diese nach außen durch Übersendung des Informationsschreibens nach § 13 VgV kund. Da die Antragstellerin keine Referenzen bis zu diesem Zeitpunkt nachgereicht hat, liegt von ihr kein vollständiges Angebot vor. Auch der Umstand, dass die Antragsgegnerin diese Nachweise nicht nachforderte, führt nicht zu einer anderen Sichtweise. Durch die Veröffentlichung der angegebenen Eignungsnachweise hat sich die Antragsgegnerin gebunden, die Eignung der Bieter nach diesen Kriterien zu bewerten. Ein Verzicht auf dieses selbst gewählte Anforderungsprofil würde die Transparenz der Vergabeentscheidung unmöglich machen und Manipulationen seitens der Antragsgegnerin Tür und Tor eröffnen. Falsch wäre es auch in derartigen Fällen eine Verpflichtung des Auftraggebers zur Nachforderung bestimmter Eignungsnachweise zu konstruieren. Die Bieter sind aufgrund des ihnen gegenüber aufgemachten Anforderungsprofils nicht schutzwürdig.

Das Fehlen der Referenzen führt zum Ausschluss des Angebotes der Antragstellerin, da diese Nachweise für die Eignungsprüfung unverzichtbar sind. Anhand der durch die Antragstellerin vorgelegten Unterlagen ist nicht ersichtlich, dass diese die technische Leistungsfähigkeit besitzt.

Soweit in der mündlichen Verhandlung argumentiert wurde, dass die durch die Verdingungsunterlagen im Widerspruch zur europäischen Bekanntmachung geforderte Vorlage einer Referenzliste kommunaler Versicherungsnehmer die Eignung hinreichend belege, konnte dem aufgrund des hohen Schutzgutes der Transparenz nicht nachgekommen werden. Der Auftraggeber darf in den Verdingungsunterlagen weder zusätzliche noch andere Belege für den Eignungsnachweis fordern und hat demzufolge alle in der europäischen Bekanntmachung veröffentlichten Kriterien zu berücksichtigen. Das hier festgestellte Verhalten der Antragsgegnerin verstößt gegen das Transparenzgebot entsprechend § 97 Abs. 1 GWB und dem Gleichbehandlungsgrundsatz nach § 97 Abs. 2 GWB (s. a. OLG Düsseldorf Beschluss vom 25.11.2002-Verg 56/02).

Ein Nachweis der Eignung auf der Grundlage der eigenen vertraglichen Beziehung aus der Vergangenheit zwischen der Antragsgegnerin und der Antragstellerin scheidet grundsätzlich aus, da diese Erkenntnisse nicht mit den geforderten Referenzen der letzten drei Jahre gleichzusetzen sind. Eine andere Sicht der Dinge würde dem Auftraggeber eine Position einräumen, die es ihm ermöglicht, ausreichendes Wissen um die Eignung eines Bieters vorzutragen oder unerwähnt zu lassen. Dies wäre mit dem Erfordernis von Transparenz und Gleichbehandlung unvereinbar.

Das Angebot der Antragstellerin kommt somit für den Zuschlag gemäß § 25 Nr. 2 Abs. 1 VOL/A nicht in Betracht. Damit entfällt ihre Antragsbefugnis, was zur Unzulässigkeit des Nachprüfungsantrages führen musste.

Die erkennende Kammer erachtet es in diesem Falle für notwendig auf die Bedeutung der Bekanntmachung im europäischen Supplement gesondert hinzuweisen. Diese stellt die einzig verbindliche Quelle für potenzielle Bieter zur Ermittlung des an sie gestellten Anforderungsprofils dar. Daran ändert auch die landesrechtliche Verpflichtung zur zusätzlichen Veröffentlichung im Ausschreibungsanzeiger Sachsen-Anhalts nichts (Ziff. 5.2 des Runderrlasses des MW vom 17.02.2003 -42.3-32570-20, Mbl. LSA vom 03.03.2003). Wenn, wie hier der öffentliche Auftraggeber im europäischen Supplement, im Ausschreibungsanzeiger Sachsen-Anhalt und in den Verdingungsunterlagen unterschiedliche Kriterien zur Eig-

nungsprüfung veröffentlicht, setzt er sich und die Bieter gleichermaßen der Gefahr aus, den einzig wesentlichen Kriterien nicht die ihnen zukommende Bedeutung beizumessen. Ferner entfällt die Antragsbefugnis hinsichtlich des Loses 3, da die Antragstellerin abweichend von den Erfordernissen des Leistungsverzeichnisses den Prämiensatz mit der Begründung nicht ausgepreist hat, dass kein Einschluss der Gefahr Feuer möglich sei.

2. Trotz der Unzulässigkeit der Anträge ist die Vergabekammer gemäß § 114 Abs. 1 GWB nicht gehindert, die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um die Rechtmäßigkeit der Vergabe sicherzustellen.
Eine Anweisung zur Aufhebung des Vergabeverfahrens war daher möglich und notwendig.

Laut Beschluss des OLG Naumburg 1 Verg 3/01 ist die Vergabekammer bei ihrer Entscheidung an die von der Antragstellerin geltend gemachten Verstöße gegen vergaberechtliche Vorschriften nicht gebunden. Dies ergibt sich ausdrücklich aus dem Wortlaut des § 114 Abs. 1 Satz 2 GWB, aber auch aus der Entstehungsgeschichte dieser Vorschrift. Der ursprüngliche Regierungsentwurf zum Vergaberechtsänderungsgesetz sah sogar eine unbeschränkte Prüfungsaufgabe und -kompetenz für die Vergabekammer vor (vgl. BT-Drs. 13/9340 zu § 124 RegE, dort zu Abs. 1; Reidt aaO., § 114 Rn. 12 f.; Kus in: Niebuhr/Kulartz/ Kus/Portz aaO., § 114 Rn. 25 ff). Im Gesetzgebungsverfahren wurde die vorgenannte Norm von einer zwingenden Vorschrift in eine Kann-Bestimmung umgewandelt. Der Gesetzgeber wollte aber an einer über die erhobenen Verfahrensrügen hinausgehenden Rechtskontrolle durch die Vergabekammer festhalten (vgl. Kus aaO., § 114 Rn. 26). Die Vergabekammer kann daher allein auf der Grundlage der Existenz eines Nachprüfungsantrages unabhängig von dessen Zulässigkeit und Begründetheit überprüfen, ob sie Maßnahmen zur Wiederherstellung oder Sicherung der Rechtmäßigkeit des Vergabeverfahrens für erforderlich hält.

Die Aufhebung der Ausschreibung ist geboten, da kein zuschlagsfähiges Angebot eingegangen ist. Sowohl die Angebote der Beigeladenen, welche vom Auftraggeber als wirtschaftlich annehmbare Angebote ermittelt wurden, als auch die übrigen Angebote genügen, wie unter I. dargelegt, nicht den formellen Anforderungen. Kein Bieter legte Referenzen für vergleichbare Leistungen der letzten drei Jahre vor.

Ausweislich der Darlegungen im Sachverhalt hat die Beigeladene zu 1) über zwei verschiedene Versicherungsmakler unterschiedliche Angebote abgegeben. Die Beigeladene zu 1) hat sich durch die Maklerunternehmen bei der Angebotsabgabe vertreten lassen und muss sich das Wissen der Makler als eigenes zurechnen lassen. Dabei ist es unbeachtlich, dass die Makler das ihnen seitens der Beigeladenen zu 1) übermittelte Grundangebot im Rahmen ihrer vertraglichen Bindung durch unterschiedlich hohe Maklerzuschläge erhöht haben. Insoweit musste die Kammer von zwei unterschiedlichen Angeboten der Beigeladenen zu 1) ausgehen. Dieser Umstand verstößt gegen den für das Vergabewesen elementaren Grundsatz des Geheimwettbewerbs als unverzichtbarem Kernbestand einer wettbewerblichen Auftragsvergabe. Der Vergabesenat beim OLG Düsseldorf (Beschluss vom 16.09.2003, VII - Verg 52/03) erachtet es für rechters, solche Bieter vom Vergabeverfahren auszuschließen, die in ein und derselben Ausschreibung zwei Angebote - auch in unterschiedlichen Beteiligungsformen - eingereicht haben. Dabei kommt es nach Auffassung der erkennenden Kammer entscheidend darauf an, dass der eine Bieter nicht von dem Angebotsverhalten des anderen Bieters wisse. Eine andere Sicht der Dinge folgt auch nicht aus dem Umstand, dass die Beigeladene zu 1) die Angebote in der selben Rechtsform abgegeben hat. Die Angebote der Beigeladenen zu 1) bezüglich Los 1 waren somit gemäß § 25 Nr. 1 Abs. 1 f) VOL/A i. V. m. § 2 Nr. 1 VOL/A auszuschließen.

Im Übrigen scheitert die Zuschlagsfähigkeit der Angebote der Beigeladenen zu 1) generell daran, dass sie keine Erlaubnis zum Betrieb der Schadensversicherung nachgewiesen hat. Sie bestätigt lediglich selbst, dass sie die entsprechende Erlaubnis besitze. Gemäß den Ausführungen unter I. hat die Antragsgegnerin aber gerade einen Nachweis dieser Erlaubnis bzw. Zulassung gefordert. Ferner fehlt der Nachweis der Rückversicherung. Da die Antragsgegnerin auch diesen Kriterien bei der Auswertung nicht den Stellenwert beigemessen hat, der ihnen zukommt, erachtet die erkennende Kammer auch die Erläuterung des Begriffs „Nachweis“ für notwendig. Aus der Vergabebekanntmachung im europäischen Supplement geht bereits hervor, dass der „Nachweis“ und die „Erlaubnis“ ein enges Begriffspaar bilden. Sowohl die „Erlaubnis“ als auch der „Nachweis“ beinhalten daher eine Willensäußerung eines Dritten zu einem den jeweiligen Bieter betreffenden Umstand. Es liegt daher in der Natur der Sache, dass die ledigliche Behauptung eine Erlaubnis zu besitzen, nicht mit dem geforderten Nachweis der Erlaubnis gleichzusetzen ist. Wollte die Antragsgegnerin die Behauptung der Erlaubnis nach §§ 5 ff. VAG genügen lassen, so hätte sie dies in ihr Anforderungsprofil der europaweiten Bekanntmachung aufnehmen müssen. Ein Abrücken von der ursprünglichen Festlegung würde gegen das Transparenzgebot verstoßen.

Die Beigeladene zu 2) legte trotz Nachforderung durch die Antragsgegnerin keinerlei Nachweise zur Beurteilung ihrer Eignung vor. Eine Berücksichtigung des Angebotes der Beigeladenen zu 2) für den Zuschlag war somit nicht möglich.

Ein Handeln unterhalb der Schwelle der Anweisung zur Aufhebung war der Kammer verwehrt, da das Vergabeverfahren an schwerwiegenden Vergabeverstößen leidet und somit nicht durch Zuschlagserteilung beendet werden kann.

Im vorliegenden Fall wurden die für das Vergabewesen elementaren Grundsätze von Transparenz und Gleichbehandlung irreparabel verletzt (vgl. § 97 Abs. 1 und 2 GWB).

In Umsetzung des Artikels 36 Abs. 2 der Dienstleistungskoordinierungsrichtlinie (DKR) muss der Auftraggeber bei Aufträgen, die auf das wirtschaftlich günstigste Angebot vergeben werden sollen, in den Verdingungsunterlagen oder in der Vergabebekanntmachung alle Zuschlagskriterien, deren Verwendung er vorsieht, möglichst in der Reihenfolge der ihnen zuerkannten Bedeutung, angeben. Im Lichte des Urteils des EuGH vom 12.12.2002 - Rs. C-470/99 lässt sich aufgrund des gleichlautenden Wortlautes des Artikel 30 Abs. 2 der Baukoordinierungsrichtlinie 93/37EWG auch für die DKR herleiten, dass sich der öffentliche Auftraggeber nach einer entsprechenden Gewichtung der zur Anwendung vorgesehenen Zuschlagskriterien, nicht darauf beschränken kann, diese Kriterien lediglich in den Verdingungsunterlagen oder in der Vergabebekanntmachung zu benennen, sondern den Bietern außerdem diese vorgesehene Gewichtung mitteilen muss. Anders ist der bei der Vergabe eines öffentlichen Auftrags in jedem Stadium zu wahrende Grundsatz von Gleichbehandlung und Transparenz nicht zu gewährleisten.

Unabhängig davon, dass in den Bekanntmachungen und in den Verdingungsunterlagen unterschiedlich formulierte Zuschlagskriterien enthalten sind, was generell großen rechtlichen Bedenken begegnet, geht aus dem Besuchsbericht vom 06.03.2003 des Versicherungsbüros mit der Stadt eindeutig hervor, dass die Bewertungsmatrix mit prozentualen Angaben hinsichtlich der Zuschlagskriterien Prämienhöhe und Vertragsumfang detailliert für Haupt- und Nebenangebote sowie für die Servicedienstleistungen bereits zu diesem Zeitpunkt erstellt wurde. Diese Bewertungsmatrix hätte der Auftraggeber somit in der Bekanntmachung am 09.04.2003, spätestens aber mit Übergabe der Verdingungsunterlagen den Bietern zur Kenntnis geben müssen, so dass hier eine gravierende Beeinträchtigung von Transparenz und Wettbewerb gegeben ist.

Ungeachtet fehlender Transparenz bei der Gewichtung der Zuschlagskriterien, treffen diese selbst auf schwerwiegende rechtliche Bedenken.

Auch wenn man beim Zuschlagskriterium der Servicedienstleistungen noch von einem branchenspezifischen Begriff auszugehen vermag, der hinreichend konkret keiner weiteren Erläuterung bedürfe, steht dem Zuschlagskriterium des Vertragsumfanges die Rechtswidrigkeit gewissermaßen auf der Stirn geschrieben.

Die erkennende Kammer schließt sich dem anwaltlichen Vortrag der Antragstellerin in diesem Punkt vollumfänglich an. Der Vertragsumfang muss durch die Anforderungen des Leistungsverzeichnisses fest umrissen sein, so dass dieser bei Haupt- und gleichwertigen Nebenangeboten identisch ist. Die Antragsgegnerin kam zum Zuschlagskriterium des Vertragsumfanges hier deshalb, da sie in Los 1 die Versicherung gegen Terrorschäden optional stellte. Darin liegt ein Verstoß gegen die Verpflichtung der eindeutigen und erschöpfenden Leistungsbeschreibung gemäß § 8 Nr. 1 Abs. 1 VOL/A.

Die Antragsgegnerin vermag dieser Verpflichtung nicht dadurch zu entgehen, dass sie auf ein uneinheitliches Anbieterverhalten verweist. Es kann hier dahingestellt bleiben, ob sich eine ausreichende Anzahl von Versicherungsunternehmen findet, die willens sind dem abgeforderten Leistungsprofil zu entsprechen. Oberstes Prinzip muss für jeden Auftraggeber die Vergleichbarkeit der abgeforderten Angebote sein. Stellt sich heraus, dass die abgeforderte Leistung auf dem Markt nicht angeboten wird, so hat der Auftraggeber dieses Leistungsprofil im Rahmen einer erneuten Ausschreibung anzupassen. Verwehrt muss ihm hingegen die Möglichkeit bleiben, dass abgeforderte Leistungsbild auf Kosten der Vergleichbarkeit bewusst unscharf zu halten. War es dem Auftraggeber somit unmöglich, der Problematik der Versicherung von Terrorschäden in der gewählten Art zu begegnen, so musste der Vertragsumfang der Angebote bei 100%-iger Leistungserbringung identisch sein.

Ebenso verhält es sich auch mit den abgeforderten Versicherungsvertragslaufzeiten von einem Jahr und/oder vier Jahren.

Abschließend sieht sich die Kammer zu der Bemerkung gezwungen, dass der Umgang der Antragsgegnerin mit Anfragen von Bietern nicht ihrem Pflichtenkreis entspricht. Zur Gewährleistung von Transparenz und Wettbewerb sind Anfragen unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern zu beantworten. Dabei ist darauf zu achten, dass alle Bieter, also auch diejenigen die die konkrete Anfrage nicht gestellt haben, über deren Beantwortung informiert werden. Insbesondere ist in diesem Zusammenhang darauf zu achten, dass die Beantwortung so rechtzeitig erfolgt, dass Unklarheiten vor Angebotsabgabe beseitigt werden. Dabei hat sich der Auftraggeber grundsätzlich aller technischen Hilfsmittel (Fax, e-mail usw.) zu bedienen, insbesondere können verwaltungsinterne Strukturfragen keine Verspätungen rechtfertigen.

III.

Kosten

Die Kostenentscheidung beruht auf § 128 Abs. 3 GWB. Die Antragstellerin und die Antragsgegnerin haben die Kosten des Verfahrens zu gleichen Teilen zu tragen.

Gemäß § 128 Abs. 3 GWB sind die Kosten des Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer von demjenigen bzw. denjenigen zu tragen, die im Verfahren unterliegen. Für die Beurteilung des Obsiegens bzw. Unterliegens eines Beteiligten ist, allein der Ausgang des Nachprüfungsverfahrens im Verhältnis zu dem von ihm gestellten Antrag in diesem Verfahren maßgeblich. In diesem Nachprüfungsverfahren wird nicht nur der Antrag der Antragstellerin verworfen; zugleich hat auch die Antragsgegnerin ihr Antragsziel, nämlich die Fortführung und den Abschluss des Vergabeverfahrens mit der avisierten Zuschlagserteilung, nicht erreicht. In der mündlichen Verhandlung hat die Kammer ausdrücklich vor Antragstellung

nochmals dargelegt, dass alle Angebote formell nicht vollständig sind (vgl. Beschluss des OLG Naumburg vom 28.09.2001 - 1Verg 9/01).

Die Höhe der Gesamtkosten beläuft sich hier auf

..... **EUR,**

§ 128 Abs. 1 Satz 1 GWB. Die Kosten gliedern sich auf in Gebühren in Höhe von EUR (§ 128 Abs. 2 Satz 2 GWB) und Auslagen in Höhe von EUR (§ 128 GWB i. V. m. § 10 VwKostG LSA). Die Antragstellerin und die Antragsgegnerin tragen die Kosten jeweils in Höhe von EUR.

Unter Anrechnung des bereits geleisteten Kostenvorschusses von 2.500,00 EUR wird der Antragstellerin nach Eintritt der Rechtskraft des Beschlusses der Betrag in Höhe von EUR zurückerstattet.

Die Einzahlung des Betrages in Höhe von EUR hat nach Eintritt der Rechtskraft des Beschlusses durch die Antragsgegnerin unter Verwendung des Kassenzeichens auf das Konto bei der Landeszentralkasse - LZK-Dessau, Bundesbank Magdeburg -, BLZ 810 000 00 zu erfolgen.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen den Beschluss der Vergabekammer ist die sofortige Beschwerde zulässig, § 116 Abs. 1 GWB. Sie ist schriftlich innerhalb einer Frist von zwei Wochen, die mit Zustellung des Beschlusses beginnt, beim Oberlandesgericht Naumburg, Domplatz 10 in 06618 Naumburg, einzulegen, § 117 Abs. 1 GWB.

Die sofortige Beschwerde ist zugleich mit ihrer Einlegung zu begründen. Die Beschwerdebeurteilung muss die Erklärung enthalten, inwieweit der Beschluss der Vergabekammer angefochten und eine abweichende Entscheidung beantragt wird sowie die Tatsachen und Beweismittel bezeichnen, auf die sich die Beschwerde stützt, § 117 Abs. 2 GWB.

Die Beschwerde muss durch einen bei einem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt unterschrieben sein. Dies gilt nicht für Beschwerden von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, § 120 Abs. 1 GWB.

Die sofortige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung. Die aufschiebende Wirkung entfällt zwei Wochen nach Ablauf der Beschwerdefrist, § 118 GWB.

gez. Thomas

gez. Pönitz

gez. Dolge